

# Fragebogen

Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der  
Luzerner Polizei (Planungsbericht 2022):  
Vernehmlassungsverfahren zu strategischen, organisatorischen und  
personellen Anpassungen im Rahmen des Projekts Organisationsentwicklung  
2030 (oe 2030)

vom 4. Mai bis 8. Juli 2022

**Bitte bis spätestens 8. Juli 2022 per E-Mail einsenden an:**  
[vernehmlassungen.jsdds@lu.ch](mailto:vernehmlassungen.jsdds@lu.ch)

Eingereicht von:

Name/Organisation	Junge Grüne/ GRÜNE Kanton Luzern
Kontaktperson	Laura Spring
Adresse	St.-Karli-Str. 45
PLZ Ort	6004 Luzern
Telefon	076 452 71 29
E-Mail	Laura.spring@lu.ch

Ort und Datum	Luzern, 6.7.2022
---------------	------------------

## **1. Strategische Ausrichtung der Luzerner Polizei**

### **(Planungsbericht Kap. 3 sowie Anhang 2)**

Entlang der übergeordneten strategischen Vorgaben und basierend auf den im Rahmen der Umwelt- und Unternehmensanalyse identifizierten primären Herausforderungen hat die Luzerner Polizei ihre Strategie geschärft. Damit ist sie in der Lage, adäquat auf die erkannten Gefahren und Bedrohungen zu reagieren und die Sicherheit im Kanton Luzern auch in Zukunft sicherzustellen. Die Strategie enthält acht Themenfelder, welche jeweils in strategische Zielsetzungen aufgeschlüsselt sind. Diese wiederum münden in strategischen Initiativen, also konkreten Vorhaben, die im Jahresverlauf verfolgt werden und einem regelmässigen Controlling unterliegen.

Sind Sie mit den identifizierten primären Herausforderungen und der strategischen Ausrichtung der Luzerner Polizei einverstanden?

Ja

Nein, nämlich:

Das Konzept des Community Policing soll auch in den Agglomerationsgemeinden eingeführt werden. Das Konzept hat sich in der Stadt Luzern bewährt. Für die wachsenden Herausforderungen ist dies eine entscheidende und wichtige Massnahme. Die Polizei muss zu Fuss und mit dem Velo auch in den Agglomerationsgemeinden unterwegs sein. Weil nur so ist sie ansprechbar und präsent für die Bevölkerung. Das ist die Basis für eine gute Polizeiarbeit. Dieser Teil fehlt in der OE2030 aus Sicht der Jungen Grünen/Grünen.

Die Arbeitsbedingungen der Polizist\*innen werden besser, wenn sie von uns als fair, gesetzeskonform, ohne Vorurteile wahrgenommen werden. So erfährt die Polizei auch mehr Wertschätzung von der Bevölkerung.

## **2. Stationierungskonzept im Projekt oe 2030**

### **(Planungsbericht Kap. 4, insbesondere 4.7, und Anhang 3)**

Gestützt auf ihre Analyse strebt die Luzerner Polizei im Projekt OE 2030 unter anderem eine Reduktion der Anzahl Polizeiposten auf dem gesamten Kantonsgebiet an. Es wird vorgeschlagen, auf Grundlage der heutigen Regionen Einteilung insbesondere die bestehenden Hauptposten personell zu stärken, ergänzt mit einzelnen zusätzlichen geografisch und polizeitaktisch sinnvollen Polizeiposten. Die Polizei hat hierzu als Diskussionsgrundlage ein mögliches Zielbild erarbeitet. Dadurch sollen die Patrouillendichte gestärkt, die Flexibilität erhöht und die Interventionszeiten reduziert werden. Die Mitarbeitenden bleiben in ihren Regionen vollständig erhalten und die gemeindespezifischen polizeilichen Leistungen werden ohne Abstriche weitergeführt beziehungsweise sollen noch ausgebaut werden. Die einzelnen Entwicklungsschritte sollen in enger Absprache mit den Gemeinden erfolgen.

Sind Sie unter Vorbehalt von im Rahmen der Detailkonzeption noch möglichen Veränderungen im Grundsatz damit einverstanden, dass das Stationierungskonzept der Luzerner Polizei im beschriebenen Sinne verändert wird?

Ja

Nein, nämlich:

Da Patrouillen-Tätigkeit immer auch mit Rapportierung, also Büroarbeit einhergeht, sollen dezentrale Büroarbeitsplätze (in Gemeinden, Home office, etc.) und die nötige Infrastruktur und Abgeltung evaluiert werden. Die Schliessung von Polizeiposten soll nicht zu umständlichen, unnötigen Arbeitswegen führen bzw. für Mehrkosten auf Seiten der Polizist\*innen.

### **3. Stellenaufstockung der Luzerner Polizei (Planungsbericht Kap. 1.2 und 5)**

Im Aufgaben- und Finanzplan 2022–2025 sind für die nächsten Jahre 23 zusätzliche Stellen eingestellt. Überdies hat der Kantonsrat am 25. Oktober 2021 weitere fünf Stellen für das Jahr 2022 bewilligt. Für die Zeit bis 2030 reicht dies allerdings nicht aus, um den geschilderten Herausforderungen zu begegnen. Nebst der mit dem Projekt OE 2030 einhergehenden Effizienzsteigerung ist ein weiterer Ausbau um minimal 90 Stellen erforderlich, damit das Korps seinen Leistungsauftrag auch künftig erfüllen kann. Insgesamt ist also in den Jahren 2023 bis 2030 eine etappierte Aufstockung um total 118 Stellen nötig. Nebst der Bestandserhöhung ist zu beachten, dass in den kommenden Jahren viele Pensionierungen anstehen. Diesem Umstand soll mit einem Überhang in den Jahren 2023 bis 2025 sowie im Jahr 2030 begegnet werden, welcher jedoch wieder vollständig kompensiert wird. Es ist geplant, die Sicherheits- und Verkehrspolizei mit 66 Stellen, die Kriminalpolizei mit 36 Stellen und die übrigen Abteilungen mit insgesamt 16 Stellen zu verstärken, verbunden mit klaren Leistungszielen.

Sind Sie nebst der bereits beschlossenen Aufstockung von 28 Stellen mit einer zusätzlichen Personalerweiterung im Umfang von 90 Stellen (sowie dem zeitweisen Überhang infolge Pensionierungen) gestaffelt bis 2030 einverstanden?

Ja

Nein, nämlich:

Für eine Aufstockung braucht es auch genügend ausgebildetes Personal und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen und Löhne. Die Kommunikation gegen aussen für die Rekrutierung muss verbessert werden. Dazu sollen spezielle Rekrutierungsmassnahmen für Frauen ausgearbeitet werden. Karriereplanung für Frauen und Männer mit Familie im Case Management begleiten und spezielle Teilzeitangebote in der Kleinkinderphase.

Es müssen genügend Ausbildungsplätze in der IPH Hitzkirch gesichert werden. Während der Ausbildung sollen die Entlohnung so anpasst werden, dass auch für Personen mit Familien diese Ausbildung möglich wird.

#### **4. Weitere Bemerkungen?**

Sicherheitszentrum Rothenburg: Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Forderungen bzgl. den Haftzellen für Festnahme im neuen Sicherheitszentrum die Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention eingehalten werden. Dies ist ein wichtiger Grund, dass der Bau nun rasch umgesetzt werden soll. Der Standort der Kriminalpolizei sollte aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen vorerst an der Kasimier Pfyffer-Strasse bleiben, damit die die Kriminalpolizei rasch vor Ort ist. Je nach Weiterentwicklung sind andere Standorte denkbar, aber grundsätzlich ist die Kriminalpolizei ist dort anzusiedeln, wo ihre Aktivitäten am meisten benötigt werden. Dies ist aktuell in der Stadt Luzern der Fall, wo rund 60 % aller Festnahmen im Kanton Luzern stattfinden. Ein weiterer beträchtlicher Teil bezieht sich auf die unmittelbare Agglomeration.

Entscheidend für die zukünftige Sicherheit im Kanton Luzern, ist die Herausforderungen neue Stellen mit qualifizierten Polizist\*innen zu besetzen und den aktuellen Stand des Personals bei der Luzerner Polizei zu halten. Dafür sind attraktive und konkurrenzfähige Arbeitsbedingen bei der Luzerner Polizei unabdingbar. Allgemein stellen wir fest, dass der "Wirkung nach innen" in dieser Vorlage wenig Stellenwert zuteil kommt. Die technisch-operative Optimierung der Ressourcen ist wichtig, noch wichtiger für die Sicherheit und bürgernähe der Luzerner Polizei ist die Zufriedenheit der Mitarbeitenden.

Die interne Kommunikation mit den Polizist\*innen muss verbessert werden. Die Veränderungen im Stationierungskonzept müssen so umgesetzt und begleitet werden, dass kein Personal verloren geht. Leider hat das bisher nicht funktioniert, verschiedene Polizist\*innen haben dies auch sowohl in den Medien als auch in Gesprächen mit Fraktionsmitglieder deponiert. Die Arbeitsbelastung ist bereits sehr hoch, daher ist es umso wichtiger, dass diese OE2030 das ganze Personal gut mitnimmt. Dafür braucht es nicht nur Kommunikation, sondern die Mitarbeiter müssen auch ihre Rückmeldungen machen können und ihre Erfahrungen müssen in den Prozess einfließen.

Wir jungen Grünen/ Grünen fordern eine grössere Diversität bei der Polizei. Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen sollen gefördert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Es braucht mehr Teilzeitstellen und flexible Arbeitsbedingungen. Zusätzlich zum Stationierungskonzept müssen deshalb die Öffnungszeiten der verbleibenden Polizeiposten so angepasst werden, dass sie für die heutigen Bedürfnissen der Polizist\*innen und Kund\*innen optimiert werden, u.a. sind lange Mittagspausen nicht mehr opportun. Es müssen neue Einsatzpläne

evaluiert werden, die auch mit den Kinderbetreuungsangeboten koordiniert werden können.

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15

Postfach 3768

6002 Luzern

Telefon 041 228 59 17

[www.lu.ch](http://www.lu.ch)

[justiz@lu.ch](mailto:justiz@lu.ch)